



Hans-Jürgen Urban

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Wir gehen vor!

Gute Arbeit - Gerechte Löhne - Starker Sozialstaat

Leipzig, 1. Mai

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Es wird wieder gezockt im Casino!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wirklich, wir leben in verrückten Zeiten:

Im Jahr 2 der Krise knallen wieder die Sektkorken - in Banken und an Börsen.

Die Zocker füllen sich die Taschen – wie zuvor, bis die Nähte platzen.

Vor Jahren haben sie durch Spekulationen mit Mais, Getreide und Sojabohnen die Preise in die Höhe getrieben und damit die Nahrungsgrundlage von Millionen Menschen bedroht.

Gegenwärtig wetten sie gegen Kokskohle und Erze und gefährden tausende von Arbeitsplätzen - nicht nur in der Stahlindustrie.

Und jetzt ist Griechenland an der Reihe.

Die Banken haben an der Verschuldung Griechenlands verdient, sie wollen am Schuldenmanagement verdienen - und nun haben sie Portugal und Spanien ins Visier genommen.

Das was gerade mit Griechenland passiert, ist die Generalprobe für ein Stück, das nicht nur in Griechenland aufgeführt werden soll.

Es ist auch für Portugal, für Spanien und wer weiß, für wen noch gedacht.

Auch deshalb müssen wir gegenhalten. Auch im eigenen Interesse.

Es geht doch nicht um griechische Millionäre, wie man uns glauben machen will.

Es geht um die einfachen Leute, unsere Kolleginnen und Kollegen.

Und die haben nicht Spot, sondern unsere Solidarität verdient.

Kolleginnen und Kollegen,

wie lange wollen sich demokratische Staaten noch am Nasenring durch die Arena ziehen lassen!

Wie lange wollen sie noch nach der Pfeife dubioser Rating-Agenturen tanzen und die Bevölkerungen wie in Griechenland durch Sozialabbau und Rentenklau für die Krise zahlen lassen.

Damit muss endlich Schluss sein!

Deshalb rufe ich der politischen Klasse in Deutschland und Europa zu:

„Der Worte sind genug gewechselt, lasst uns endlich Taten sehen!!!“

Reist nicht von Staatsgipfel zu Staatsgipfel, macht eure Hausaufgaben!

- schließt endlich das Casino,
- verbietet übertrockene Zockerprodukte
- und stellt die Finanzmärkte unter internationale Aufsicht.

Und vor allem:

- zieht die unbotmäßigen Gewinne der Super-Zocker ein
- und schützt nicht die Banken, sondern die Menschen vor der Krise!

Und beeilt euch, bevor es zu spät ist, und die Ackermänner & Co. Europa und den Euro in eine neue Krise getrieben haben!

Cross-Border-Leasing in Leipzig

Kolleginnen und Kollegn!

Ist das nicht Wahnsinn?

Doch, so möchte man mit Shakespeare's Hamlet sagen:

„Und ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode.“

Offensichtlich hat sich der finanzkapitalistische Zocker-Virus auch in der Politik ausgebreitet.

Auch in den Kommunen.

Ich sage nur: Cross-Border-Leasing.

Die Leipziger können ein traurig Lied davon singen.

- Klär- und Trinkwasseranlagen wurden an Finanzinvestoren verpachtet und für teures Geld zurückgemietet.
- Dubiose Versicherungen wurden abgeschlossen und seltsame Reisen unternommen -

Und am Ende sollen die Leipziger die Zechen zahlen – durch die Infragestellung des erkämpften Sozial-Tickets oder andere Leistungen der Stadt.

Kolleginnen und Kollegen.

Es gibt Dinge, die sind für die Menschen unentbehrlich.

Dinge wie Trinkwasser, Lebensmittel und die Natur.

Diese Dinge sind zu wichtig, um sie den Risikospiele der Finanzmärkte zu überlassen.

Sie gehören in öffentliches Eigentum, und nicht in die Verfügungsgewalt von Fondsmanagern – und schon gar nicht in die Hände von kriminellen Zockern aus der Kommunalpolitik.

Und wer das nicht begreift, der muss zur Verantwortung gezogen werden:

Politisch und wenn nötig auch strafrechtlich!

Die humanitäre Katastrophe ist längst Realität

Kolleginnen und Kollegen:

Vergessen wir nicht:

In vielen Regionen der Erde ist die soziale und humanitäre Katastrophe keine Bedrohung, sondern längst Realität.

Der Finanzmarkt-Kapitalismus hat die Kluft zwischen Wohlstands- und Armutszonen nicht erfunden - aber er hat sie erheblich vertieft.

Wir leben in einer Welt, in der die obersten 15 Prozent der Menschheit

- fast 90 Prozent des Weltkonsums,
- fast 60 Prozent der Weltenergie,
- und gut 80 Prozent des Welteinkommens für sich beansprucht,

Und dem unteren Fünftel der Menschheit stehen

- gerade einmal 1,3 Prozent des globalen Konsums
- und 4 Prozent der Energie
- und weniger als 3 Prozent des globalen Einkommens zur Verfügung.

Von der Unterversorgung mit Nahrung und Trinkwasser ganz zu schweigen.

Auch bei uns, in der Wohlstandsregion Europa, klafft die Schere zwischen Arm und Reich weit auseinander.

Gut 80 Millionen sind von Armut bedroht, und überall in Europa sind Niedriglöhne, Leiharbeit und befristete Beschäftigung auf dem Vormarsch.

Vom Elend der Straßenkinder in Bukarest und anderswo nicht zu reden.

Kolleginnen und Kollegen,

Ein „Imperium der Schande“ hat der langjährige UN-Berichterstatter Jean Ziegler diese internationale Weltordnung genannt.

Und genau das ist es: Ein Imperium der Schande!

Ich rufe in Erinnerung:

Der 1. Mai war stets auch der Tag der internationalen Solidarität.

Aber: Viel zu oft gerät diese gute Tradition unter die Räder der eigenen Sorgen, endet unser Blick am Gartenzaun des eigenen Arbeitsplatzes.

Ja, es geht um den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Entrechtung hier bei uns – selbstverständlich!

Aber es geht auch um die Überwindung einer Wirtschaftsordnung, die die Welt in Menschen mit und ohne Lebenschancen teilt.

Nicht Sozialstaat und internationale Solidarität, sondern dieser menschenverachtende Finanz-Kapitalismus ist ein Irrtum der Geschichte.

Und deshalb wird es höchste Zeit, das er von der geschichtlichen Bühne abtritt.

Krieg ist keine Lösung – raus aus Afghanistan!

Kolleginnen und Kollegen,

es ist bitter, aber wahr:

Eine so tief gesplattene, eine so ungerechte Weltordnung wird nie eine friedliche sein.

Aus ihr werden Gewalt, Terror und Konflikte niemals verschwinden.

Mit größter Sorge sehen wir: Kriege sind als Mittel der Politik wieder hoffähig.

Auch europäische Staaten setzen wieder auf die militärische Karte - und Deutschland ist mit von der Partie.

Etwa in Afghanistan.

Lange wollte die Politik uns weismachen, dort gäbe es keinen Krieg - die deutschen Truppen seien technische und zivile Aufbauhelfer in grün.

Aber jeder Sarg zeugt von einer anderen Wirklichkeit.

Nein, Kolleginnen und Kollegen,

in Afghanistan herrscht Krieg!

Männer und Frauen auf allen Seiten sterben,

- weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden,
- weil wirtschaftliche, geopolitische und militärische Interessen im Spiel sind
- und weil die Politik versagt!

Kolleginnen und Kollegen!

Haben wir wirklich nichts aus der Geschichte gelernt?!

Lassen wir uns zum x-ten Mal erzählen, es gäbe zu Krieg und militärischer Gewalt keine Alternative!

Ich sage: Nein! Das tun wir nicht!

Kein Zweifel: Der Konflikt in Afghanistan ist kompliziert und es gibt keine einfachen Lösungen.

Aber eines ist gewiss: der Krieg ist auf keinen Fall die Lösung.

Er ist Teil des Problems!

Und deshalb sagen wir:

Nein zum Krieg und zur weiteren Aufrüstung der deutschen Truppen!

Und wir sagen: Raus aus Afghanistan!

Je früher desto besser!

Die klugen Ratschläge der Wirtschaftsexperten

Kolleginnen und Kollegen!

Banker zocken, Kinder verhungern und Soldaten sterben – eine verrückte Welt!

Dabei steht uns in Deutschland die eigentliche Bewährungsprobe noch bevor.

Vierorts bleiben die Arbeitsplätze bedroht.

Viele haben ihren Job bereits verloren, und noch mehr zahlen bereits täglich für die Krise:

durch Einkommensverluste, betrieblichen Sozialabbau und Nullrunden bei den Renten.

Doch schon melden sich die sogenannten Wirtschaftsexperten wieder zu Wort.

Die Krise sei fast vorbei, die Wirtschaft wachse wieder und der Arbeitsmarkt sei über den Berg.

Aber: Jetzt müssten staatliche Schulden und Leistungen abgebaut werden, und zwar mit Tempo und aller Härte.

Kolleginnen und Kollegen,

manchmal fehlen einem fast die Worte.

Jahre lang haben diese Experten den Marsch in den Finanzmarkt-Kapitalismus mit neoliberalen Ratschlägen befördert.

Nicht selten enthielt ihr Rat vor allem Schläge - gegen Gewerkschaften und den Sozialstaat.

Die Krise haben sie nicht kommen sehen, ihre Tiefe haben sie unterschätzt und die Therapievorschläge verschlimmern die Situation eher als dass sie helfen.

Und jetzt schon wieder die alte Leier vom Abbau öffentlicher Leistungen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren Professoren:

Wenn wir in den Betrieben, wenn wir bei unserer Arbeit so oft daneben liegen würden wie sie,

dann hätten wir nicht nur an Ansehen, wir hätten längst Arbeitsplätze und Einkommen verloren!

Und deshalb sage ich:

Bei allem Respekt:

Haltet bitte einfach mal die Klappe – und wenn's nur für eine kurze Schamfrist ist.

Für eine solidarische Reformalternative

Kolleginnen und Kollegen!

Wer die Welt im Großen ändern will, der muss zu Hause anfangen.

Und da gibt es genug zu tun.

Nach den milliardenschweren Rettungsprogrammen für Banken und Konjunktur sind die öffentlichen Kassen leer.

Der Schuldenberg ist gigantisch.

Die Sozialkassen verzeichnen Rekorddefizite.

Viele Kommunen sind praktisch pleite.

Die Antwort der Reichen und Einflussreichen überrascht nicht.

Der Präsident des Bundesverbandes der Industrie, Peter Keitel, fordert:

„Die Regierung muss an die großen Positionen ran: beispielsweise an die Sozialsysteme. Ich bin überzeugt, dass wir dort auf gewaltige Einsparpotentiale stoßen.“

Und was tut die Bundesregierung?

Finanzminister Schäuble kündigt brav beinharte Haushaltskürzungen an.

Die Bundeskanzlerin übt sich in der Kunst des Aussitzens.

Und Herr Westerwelle - der dreht durch!

Zur Finanzierung ihrer absurden Steuerpläne will die FDP alle Sozialleistungen auf den Prüfstand stellen.

Dümmer geht's immer, aber frecher geht' s nimmer!

Erst propagiert der Neoliberalismus den schnellen Profit und ebnet der Krise den Weg.

Und jetzt soll der Sozialstaat ausbaden, was seine Gegner angerichtet haben.

So nicht, meine Herren von Wirtschaftsvereinigung, genannt FDP!

Das ist politische Zechprellerei!

Das ist eine Strafaktion gegen einen Unschuldigen!

Nicht der Sozialstaat, sondern Gier und Marktgläubigkeit der neoliberalen Eliten haben die Krise verursacht.

Sie müssen zurückgedrängt werden.

Ich kann nur hoffen, dass die Menschen bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen damit anfangen.

Perspektiven und Sicherheit statt Hartz IV

Mehr sozialen Schutz, das hat auch das Bundesverfassungsgericht der Politik ins Stammbuch geschrieben.

Auch, ja gerade Langzeitarbeitslose hätten einen unabdingbaren Anspruch auf Existenzsicherung und eine Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben.

Eine schallende Ohrfeige für die Westerwelles und seine sozialstaatsfeindlichen Spießgesellen.

Gut so!

Wer mit klarem Blick und Verstand auf die soziale Wirklichkeit blickt, der sieht doch:

Nicht die Leistungen für Arbeitslose, die Löcher im sozialen Netz sind das Problem.

Hartz IV hat versagt!

Hartz IV hat nicht Arbeitslose geschützt und gefördert;

Hartz IV hat sich als Treibsatz für Armut, Niedriglöhne und rechtlose Arbeit erwiesen.

Und deshalb fordern wir einen arbeitsmarktpolitischen Neustart.

Wir fordern erstens:

- eine deutliche Anhebung der Regelsätze und die Anpassung an die allgemeine Lohnentwicklung; Arbeitslosigkeit darf nicht arm machen!

Und wir fordern zweitens:

- ein Recht auf tariflich entlohnte und sozial geschützte Arbeitsplätze; keiner darf in unwürdige und unfaire Arbeit gezwungen werden!

Das wäre eine Arbeitsmarktreform, die eines Sozialstaates würdig ist.

Und deshalb werden davon nicht lassen.

Schwarz-Gelb gefährdet die Gesundheit

Kolleginnen und Kollegen,

Nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, auch im Gesundheitssystem treibt die Bundesregierung ihr Unwesen.

Ich kann Euch nur raten: Achtet auf Eure Gesundheit!

Denn krank werden könnte teuer kommen!

Die Bundesregierung, allen voran FDP-Minister Rösler, legen die Axt an die soziale Krankenversicherung.

Der Koalitionsvertrag gibt den Fahrplan vor:

- der Beitrag der Arbeitgeber soll eingefroren werden;
- die lohnabhängigen Beiträge sollen in eine einheitliche Kopfpauschale umgewandelt werden
- und die Kostenbremsen bei Arzthonoraren, Apotheken und Arzneimittel sollen gelöst werden.

Die Folgen wären absehbar - und katastrophal:

- die Kosten im Gesundheitssystem würden durch die Decke schießen, und mit ihnen die Umsätze von Ärzten, Apotheken und Pharmaunternehmen;
- kleine Lohneinkommen würden be- und hohe Einkommen entlastet und
- die Arbeitgeber reiben sich vergnügt die Hände, weil sie mit all dem Ganzen nichts mehr zu tun haben.

Kolleginnen und Kollegen!

Das können wir nicht zulassen, hier ist Widerstand angesagt!

Und deshalb sagen wir: Hände weg von der solidarischen Krankenversicherung!

Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht!

Und dieses werden wir schützen!

Gemeinsam mit dem DGB haben die Gewerkschaften Alternativen vorgeschlagen.

Unser Gegenkonzept heißt: solidarische Bürgerversicherung!

Wir fordern:

1. Ein Solidarsystem für alle; alle Erwerbstätigen rein in die gesetzliche Krankenversicherung.
2. Statt weiteren Vergünstigungen für die Wirtschaft, Wiederherstellung der Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern;
3. Wer stärkere Schultern halt, kann auch mehr tragen; Einkommensstarke und Vermögende sollen auch einen höheren Beitrag leisten.

Das, Kolleginnen und Kollegen, sind Eckpunkte einer solidarischen Reform, die das Gesundheitssystem stabiler und gerechter machen.

Das ist überfällig, das ist machbar und dafür werden wir kämpfen.

Und wenn es sein muss auch gegen die Lobbyisten im System und in der Bundesregierung!

Für Beschäftigung und öffentliche Dienstleistungen

Kolleginnen und Kollegen,

Arbeit ist gewiss nicht alles, aber ohne faire Arbeit ist Vieles nichts.

Die Gewerkschaften werden niemals ihren Frieden mit der Massenarbeitslosigkeit machen.

Wir kämpfen weiterhin gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen und für den Aufbau von Beschäftigung in gesellschaftlichen Bedarfsfeldern.

Viel gäbe es zu investieren.

- In Kita's, Schulen und Universitäten;
- in Krankenhäusern, Sportanlagen und Schwimmbädern,
- und in Jugendclubs, Bibliotheken und Kultureinrichtungen,
- und auf Straßen, auf Schienen und im öffentlichen Nahverkehr.

Und sage uns keiner, für ein öffentliches Investitionsprogramm sei kein Geld da.

Was fehlt ist nicht Geld, sondern der politische Willen.

Wer im Handumdrehen 500 Mrd. € für die Stabilisierung von ein paar Banken aktivieren kann, für den sollten 50 Mrd. € für die Sicherung von Millionen Arbeitsplätzen keine Unmöglichkeit sein.

Durch eine angemessene Besteuerung

- großer Erbschaften,
- großer Vermögen
- und großer Finanztransaktionen

wären die Mittel zu beschaffen.

Und deshalb fordern wir die Bundesregierung auf:

- Verstecken sie sich nicht hinter leeren Staatskassen;
- erteilen sie den absurden Steuerplänen der FDP eine Absage
- und ziehen sie endlich die Vermögenden zur Finanzierung einer solidarischen Krisenbewältigung heran!

Das sind sie den Menschen im Lande, das sind sie der Gesellschaft insgesamt schuldig!

Aber, Kolleginnen und Kollegen, eines muss klar sein:

Wir wollen nicht Arbeit um jeden Preis, wir wollen Gute Arbeit.

Es muss endlich Schluss sein mit Hungerlöhnen, Lohndumping und diskriminierter Leiharbeit.

Der Anteil an Niedriglöhnern ist auf über 20 Prozent gestiegen!

Löhne von 3, 4 oder 5 € - amerikanische Verhältnisse in Deutschland!

Das darf, das kann so nicht bleiben.

Gleiches Geld für gleiche Arbeit - und - gesetzliche Mindestlöhne nicht unter 8,50 € - das sind Leitlinien einer Arbeitsmarktreform.

Das sind Leitlinien für eine bessere Zukunft – und diesen Weg wollen wir gehen!

Die Rente mit 67 muss weg – Ausbildungsplätze müssen her!

Und schließlich, Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen Perspektiven für Jung und Alt.

Ja, wir brauchen einen neuen Generationenvertrag!

Immer noch steht die Rente mit 67 im Gesetz, und stehen tausende junger Menschen vor der Tür.

Den Älteren verwehrt man den Einstieg in die Rente und den Jungen den Einstieg ins Berufsleben.

Gerade in Ostdeutschland könnte sich die Lage weiter zuspitzen:

- Ohne Gegenmaßnahmen drohen viele ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner unter das Grundsicherungsniveau von 600 Euro zu rutschen.
- Und viele Regionen Ostdeutschlands werden sich zu „jugendfreien Zonen“ entwickeln, weil es an Arbeitsplätzen und Berufsperspektiven fehlt.

Und deshalb bleiben wir dabei:

Wir machen diesen künstlich herbei geredeten Krieg der Generationen nicht mit.

Wir sagen:

Die älteren Menschen haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben - ohne Armut und soziale Risiken.

Und die Jungen haben ein Recht auf ein verlässliches Rentensystem und eine Berufsperspektive.

Und deshalb kämpfen wir für beides zugleich:

Für zukunftsfähige Ausbildungsplätze und gleiche Bildungschancen – und für eine solidarischen Erwerbstätigenversicherung, in der alle Erwerbstätigen versichert und beitragspflichtig sind.

Das ist unsere Antwort.

Und diesen Streit führen wir, wie es sich für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gehört:

nicht „einsam und alleinsam“, sondern zusammen und gemeinsam - Jung und Alt, Männer und Frauen, Deutsche und Nicht-Deutsche!

Nazis raus!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Perspektiven für Jung und Alt sind nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit!

Sie sind auch ein Erfordernis der Demokratie!

Noch immer und immer wieder versuchen Nazi-Aktivisten Verunsicherung und Zukunftsängste der Menschen zu missbrauchen.

Im Westen, im Osten und leider auch in Leipzig.

Dabei entsteht zu oft der Eindruck, dass militante Schlägertrupps und faschistische Aktivisten rechtsstaatlichen Schutz genießen und ungehindert durch unserer Städte marschieren dürfen.

Und es ist unerträglich, dass die NPD öffentliche Gelder aus der Wahlkampfkostenerstattung erhält, mit denen sie dann ihre Propaganda gegen Demokratie und Toleranz finanziert!

Nein, wir bleiben dabei:

Geduldete Naziaufmärsche sind kein Gebot der Demokratie, sie sind ein politischer Skandal!

Der Rechtsstaat soll Menschenrechte und Demokratie schützen, nicht ihre Feinde!

Und die NPD, die gehört verboten – und zwar sofort!

Aber, Kolleginnen und Kollegen, wir wissen auch:

Das Verbot von Parteien ist ein notwendiger, aber kein hinreichender Schritt.

Den entscheidenden Sieg über den alten und neuen Faschismus gilt es in den Köpfen der Menschen zu erringen.

Viele rechte Aktivisten haben Springerstiefel und Bomberjacken gegen feinen Zwirn getauscht.

Viele verbergen ihre brutale Botschaft hinter geschliffener Rhetorik.

Sie präsentieren sich als Vorkämpfer für Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit und als Anwälte der Resignierten und Beleidigten.

Kolleginnen und Kollegen, schauen wir genauer hin:

Nazis sind keine Sozialarbeiter!

Und Faschismus hat so wenig mit sozialer Gerechtigkeit zu tun wie Auschwitz mit freier Arbeit!

Wir sagen:

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Und gegen Verbrechen muss man vorgehen - mit aller Entschlossenheit und der Zwangsgewalt des demokratischen Staates.

Wir wollen keine Nazis!

Nicht in Leipzig, nicht in Deutschland - nirgendwo!

„Es rettet uns kein höhere's Wesen ...“ – für eine soziale Bewegung der Solidarität

Kolleginnen und Kollegen!

Die Zeiten sind schwierig und viel gibt's zu tun.

Manchmal fragt man sich: Wer soll das alles durchsetzen?

Wer hat den Mut und die Kraft?

Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir!

Ein Bündnis aus Globalisierungskritikern, Gewerkschaften, Sozial-Initiativen und kritischen Intellektuellen und allen Menschen, die unsere Ziele mit uns teilen.

Ein gesellschaftliches Bündnis der Solidarität eben.

Eine schwierige, eine Herkules-Aufgabe.

Aber sollte uns das entmutigen?

Wer wüsste besser als die Leipziger, dass Mut und Entschlossenheit Berge versetzen können;

dass Unmögliches möglich wird, wenn die Solidarität reicht und die Zeit reif ist.

Ja, Kolleginnen und Kollegen,

diesen Kampf werden wir selber führen müssen, das wird uns keiner abnehmen.

Die Bedingungen sind gar nicht so schlecht.

Arbeit, Gerechtigkeit und soziale Demokratie – diese Ziele gewinnen bei Vielen an Zustimmung.

Vielleicht wächst in diesen Kämpfen ja auch die Erinnerung daran, dass wir als Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung einmal für ein weitergehendes Ziel angetreten sind.

Eine Gesellschaft jenseits der Zwänge des heutigen Finanz-Kapitalismus.

Eine Gesellschaft, in der Solidarität und Humanität nicht immer wieder gegen die Interessen kleiner Minderheiten durchgekämpft werden müssen.

Es ist das Ansinnen, dass globale Imperium der Schande durch ein Imperium der Solidarität zu überwinden.

Es ist ein altes Ansinnen, aber zugleich das aktuellste, das ich kenne.

Also: Auf geht's! Es lebe der 1. Mai.